

Kapitalismus

Historische Annäherungen

Herausgegeben von Gunilla Budde

Vandenhoeck & Ruprecht

Für Jürgen Kocka

Mit zwei Abbildungen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-30131-9

ISBN 978-3-647-30131-0 (E-Book)

Umschlagabbildung: © Shutterstock

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Oakville, CT, U. S. A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Satz: textformart, Göttingen

Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einleitung	7
Wolf Lepenies	
Finanzkrisen in der Menschlichen Komödie	17
Hans-Ulrich Wehler	
Die Deutschen und der Kapitalismus	34
Ute Frevert	
Gefühle und Kapitalismus	50
Hartmut Berghoff	
Rationalität und Irrationalität auf Finanzmärkten	73
Gunilla Budde	
Das wechselvolle Kapital der Familie	97
Gudrun Krämer	
Islam, Kapitalismus und die protestantische Ethik	116
Charles S. Maier	
Capitalism and territory	147
Marcel van der Linden	
Ein globalgeschichtlicher Blickwinkel auf Kapitalismus und Arbeiterklasse	164
Jürgen Kocka	
Kommentar: Kapitalismus im Kontext	176
Autorinnen und Autoren	189
Inhalt	5

Die Deutschen und der Kapitalismus

Wer kennt heute noch den Nachfolger Kants? Das war Christian Jacob Kraus, der bis 1807 als Professor für Philosophie und Kameralistik an der Universität Königsberg lehrte. Dort sah er eine wichtige Aufgabe darin, dem Werk Adam Smiths, vor allem dessen »Reichtum der Nationen«, Geltung zu verschaffen. Deshalb gehörte er auch zu den frühen Übersetzern dieses Traktats von 1776. Sein Smithianismus erwies sich als besonders einflussreich, weil künftige preußische Beamte damals an einer Landesuniversität studiert und ihr Examen abgelegt haben mussten. Zahlreiche Beamte der Reformära haben daher bei Kraus studiert und dessen Kultbuch kennengelernt. Immer wieder verfocht Kraus sein enthusiastisches Urteil, »dass die Welt noch nie ein bedeutenderes Buch« als Smiths »Reichtum der Nationen« gesehen habe, »seit der Zeit des Neuen Testaments hat kein Werk segensreichere Wirkungen gehabt.«¹

Smith hat bekanntlich den Begriff des Kapitalismus für die von ihm analysierte aufsteigende Wirtschaftsordnung noch nicht verwendet. Er sprach auch nicht von »capital«, vielmehr von »stock«, dem im zeitgenössischen England gängigen Begriff für den finanziellen Sockel aller wirtschaftlichen Unternehmungen. Kraus, durchaus kein begriffsgeschichtlich unerfahrener Autor, übersetzte »stock« mit »Verlag«!² Das war eine ihm vertraute Unternehmensform mit häufig beträchtlichen Finanzmitteln. Begriffe wie Kapital oder Kapitalismus konnten mithin seine Leser und insbesondere seine Studenten bei ihm nicht kennenlernen. In gewisser Hinsicht lenkte Kraus auf eine weit verbreitete, langlebige, aber auch schon etwas altertümliche Unternehmensform hin, da er für »stock« keine vertraute, verständliche Übersetzung ins Deutsche fand.³

Als wichtiger aber erwies sich der ideenpolitische Effekt seiner Smith-Verklärung. Das Haupt der schottischen Aufklärung hatte

zwar ein eminent wirkungsvolles Plädoyer für eine möglichst weitreichende Autonomie des Wirtschaftssystems als – wie Smith es nannte – »einfaches System der natürlichen Freiheit« gehalten. Doch ließ er keinen Zweifel daran, dass nur der Staat im Stande sei, die dafür erforderlichen institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen und auf Dauer durchzusetzen, die eine freie Entwicklung der modernen Marktwirtschaft garantieren sollten: Zuverlässigkeit der Rechtsordnung und des staatlichen Gerichtswesens, Sicherheitsgewähr, öffentlich finanzierte Infrastruktur, Aufbau des Bildungswesens, staatliche Unterstützung im Fall von Außenhandelskonflikten usw. So gesehen enthielt Smith eine umfassende Interventionslehre für jene Entwicklungsländer, die ihre relative Rückständigkeit auf dem Weg zum Erreichen des englischen Modells überwinden wollten.

Dieses in der Smith-Rezeption oft übergangene Postulat, dass der Staat den institutionellen Rahmen als unverzichtbares Regelwerk für eine freiere wirtschaftliche Entfaltung schaffen müsse, besaß für künftige preußische Beamte eine besonders verlockende Attraktivität. Denn der »Blueprint« für eine aktive Entwicklungspolitik erhob die Repräsentanten des »bürokratischen Absolutismus«, aber auch des bürokratischen Reformwillens, zum Subjekt des sozialen Wandels, zum Energiezentrum einer zeitgemäß konzipierten Modernisierung. Zahlreiche bildungsbürgerliche Beamte haben sich während der Reformen zwischen 1807 und 1848 auf dieses programmatische Weltbild gestützt, da es die Leitvorstellung vom Primat der staatlichen Initiative im Kampf gegen relative Rückständigkeit nachdrücklich unterstützte. Erst am Ende des Reformwerks sollte ein weithin selbstgeregeltes Produktions- und Marktsystem dastehen.

Überdies machte ein weiterer Gesichtspunkt Smiths Gedanken so attraktiv. In der deutschen politischen Theorie hatte seit langem die Vorstellung, dass nur der Staat wahre »Libertät« gewähre, einen prominenten Platz gewonnen. Auch die Freiheit à la Smith konnte jetzt auf dieser Traditionslinie als staatlich gewährte und gesicherte neue »Libertät« verstanden werden.

Die staatsfreundliche Interventionslehre des schottischen Moralphilosophen wirkte aber auch deshalb so einleuchtend, weil sie an die vertraute Tradition des deutschen Kameralismus seit den

Werken von Justi und Sonnenfels unmittelbar anknüpfen konnte. Kraus galt zu Recht als dessen später Repräsentant. Denn nach dem Dreißigjährigen Krieg hatte diese einflussreiche Denkschule unter dem Begriff der »Wohlfahrtspolizey« dem Staat im deutschsprachigen Mitteleuropa neue Funktionen zugewiesen, um durch Reformen von oben die Verwüstungen des Krieges, welche die relative Rückständigkeit so dramatisch vertieft hatten, möglichst effektiv zu überwinden. Als Ziel dieser Frühform der deutschen Politischen Ökonomie stand ihren Exponenten die individuelle »Glückseligkeit« von erfolgreichen, selbstständigen Privateigentümern vor Augen, und die »gemeinschaftliche Glückseligkeit« garantierte dann das Gemeinwohl. (Das amerikanische Pendant zu dieser »Glückseligkeit« war übrigens der Begriff der »Happiness«, und als der erste Entwurf der amerikanischen Bundesverfassung ursprünglich ganz unverblümt vom Ziel des »pursuit of property« sprach, wurde das sprachkosmetisch, aber zutreffend in »pursuit of happiness« abgemildert.)

Der deutsche Kameralismus mit seinem etatistischen Grundzug, den Alexander Gerschenkron für eine vertraute Reaktion auf Rückständigkeit gehalten hätte, ist folgerichtig an den Universitäten in die »Staatswissenschaft« des 19. Jahrhunderts verwandelt worden. Erst im späten 19. Jahrhundert setzte sich der Begriff der Volkswirtschaftslehre, dann der Nationalökonomie durch; erst jetzt erfolgte die institutionelle Trennung von den Juristen.

Diese Staatswissenschaft wurde auch durch den mächtigen Einfluss der Hegelschen Philosophie unterstützt. Hegel war bekanntlich ein engagierter Verfechter des Marktes und einer von hemmenden Fesseln befreiten Marktwirtschaft. Spätestens seit dem brillanten Buch von Georg Lukàcs über den »Jungen Hegel« (1954) wissen wir genau, welche umfassende Kenntnis der Schriften der schottischen Aufklärer, Smith, Ferguson, Millar, Hegel sich angeeignet hat, wie entschieden er die Stoßrichtung ihrer Argumente teilte.⁴ In seiner »Rechtsphilosophie« von 1820 tritt dieses Engagement mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zutage. (Und da Hegel in seinen Vorlesungen langsam sprach, gibt es mehrere wortgetreue Mitschriften von Studenten, deren Text mit der veröffentlichten, nicht nachträglich geschönten Version völlig übereinstimmt!) Ganz auf der Linie von Smith, aber auch

seines eigenen Staatsverständnisses wies Hegel, der wegen der staatlichen Reformtätigkeit nach Preußen gegangen war, dem Staat die Aufgabe zu, das rechtliche Regelsystem für die neue Verkehrswirtschaft zu schaffen und auszubauen, die Rechtssicherheit, die Infrastruktur, das Bildungssystem zu seiner genuinen Aufgabe zu machen. So gesehen ist es auch nicht überraschend, dass zahlreiche von Hegels Philosophie beeinflusste Juristen in der Frankfurter wie in der Berliner Nationalversammlung sowohl für eine freie Marktwirtschaft als auch für ihre permanente Unterstützung durch den Staat eintraten.⁵

Die deutsche Staatswissenschaft sah sich dem herrischen Anspruch der schottisch-englischen Politischen Ökonomie gegenüber, die angeblich bis zum innersten Kern der Wirtschaftsordnung vorstoßende Theorie mit einem überzeugenden universalisierbaren Allgemeinheitsanspruch entwickelt zu haben. Theoretisch wie politisch verfocht sie von Ricardo bis Marshall in der Hochzeit der frühen englischen Klassik die Vorstellung, dass die optimale Funktionsfähigkeit des Kapitalismus erst in einem staatsfreien, selbstgeregelten Produktions- und Marktsystem verwirklicht werde. Den historischen Hintergrund dieser zugleich normativ und politisch aufgeladenen Zielutopie mit ihrem vehementen Anspruch auf empirische Gültigkeit bildete die im Grunde kurzlebige Ära des England begünstigenden Freihandels und seines weltweit praktizierten »Informal Empire« – zwei Phänomene, welche in der Tat die enorme Durchsetzungsfähigkeit der Wirtschaft in der englischen »Werkstatt der Welt« verrieten. (Wie weit aber im praktischen Leben die Kompromissfähigkeit reichte, zeigte sich z. B. in Indien, wo nach der Entmachtung der britischen »Ostindischen Gesellschaft« im Gefolge des großen Sepoyaufstandes seit 1857 der englische Staat die formelle Kolonialherrschaft übernahm und nicht lange zögerte, das gesamte riesige Eisenbahnsystem in staatlicher Regie und auf staatliche Kosten zu errichten, weil Privatinvestoren das risikoreiche gigantische Unternehmen nicht in Angriff nehmen wollten. Kein prinzipientreues Wort dazu von Autoren der Klassik.)

Gegenüber diesem durchaus mit Arroganz verfochtenen hegemonialen Anspruch auf den Besitz der wahren Theorie beharrte seit den 1840er Jahren die »Ältere Historische Schule« der deut-

schen Ökonomie – repräsentiert vor allem von Bruno Hildebrand, Karl Knies und Wilhelm Roscher, alle drei eminent sachkundige und weit belesene Gelehrte – auf ihrer Gegenposition. Diese stritt die proklamierte universelle Gültigkeit eines einzigen Theoriekorpus entschieden ab. Vielmehr beharrte sie auf der soziokulturellen Pfadabhängigkeit (wie wir heute sagen würden) der einzelstaatlichen Wirtschaftssysteme. Zu ihrer Interpretation gehörte aufgrund des wissenschaftlichen Konsenses, aber auch aufgrund ihrer deutschen Erfahrungen die Präsenz und Gestaltungskraft, mithin ebenfalls das Interventionsrecht des staatlichen Akteurs. Dabei wussten sich diese Staatswissenschaftler durchaus in der Tradition des deutschen Kameralismus, aber auch der Smithschen und Hegelschen Aufwertung der staatlichen Aktivität. Eine möglichst völlig staatsfreie Wirtschaft stellte in ihren Augen ein realitätsfernes Hirngespinnst dar.

Während in der internationalen Theoriediskussion der Einfluss der englischen Klassik stetig anwuchs, beharrte die einflussreiche »Jüngere Historischen Schule« der deutschen Ökonomie auf der dezidierten Kritik an der vermeintlich universell gültigen englischen Volkswirtschaftstheorie. Sie insistierte auf der entscheidenden, ihr diametral entgegengesetzten Denkfigur, dass die moderne kapitalistische Entwicklung, folglich auch ihre Theorie, nicht ohne die Schutzgewalt, Gestaltungskraft und Herrschaftsmacht des Staates verstanden werden könne, aus empirisch fundierter Einsicht auch gar nicht erst so gedacht werden solle. Ohne Staat keine Rechtssicherheit, keine Garantie von Eigentumsrechten, kein Patentwesen, kein Aktienrecht, keine Freizügigkeit, keine Außenhandelspolitik. Und schließlich war für diese neue Generation, der Lorenz v. Steins früher Ruf nach dem »socialen Königtum« oder dem »socialen Staat« geläufig war, einzig und allein der Sozialstaat imstande, die Disparitäten des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses durch sein gesetzliches Regelwerk und seine Transferleistungen auszugleichen. Wie und warum hätte in einer solchen Denktradition, erst recht angesichts der Gegenwartsprobleme, von dieser jüngeren Generation der Staat aus der Wirtschaftstheorie des Kapitalismus verbannt werden sollen?

Zu dieser zweiten Führungsgruppe gehörten die Spitzenkräfte der Staatswissenschaft oder jungen Volkswirtschaftslehre:

Schmoller, Weber und Sombart, Wagner, Brentano und Knapp u. a. Sie stellten eine intellektuell eindrucksvolle Verteidigungsgarde, die sich dem Vordringen der englischen Lehre entschieden entgegenstellte. Als sie sich überdies 1873 im »Verein für Sozialpolitik« eine handlungsfähige Lobby schuf, gewann sie weiter an Einfluss. Und da in ihr der Typus des »politischen Professors« dominierte, wirkte sie durch ihre engagierte Publizistik auch auf die allgemeine Öffentlichkeit, auf deren Begriffswelt und Wertvorstellungen ein. Vermutlich besaß sie in den Jahrzehnten vor 1914 tatsächlich die angestrebte Meinungs- und Deutungshoheit in den bürgerlichen und konservativen Milieus. In nuce galt für sie, dass der kapitalistische Entwicklungsprozess ohne den Staat nicht zu denken sei. Sie hielt einen staatsfreien, lückenlos selbstregulierten Wirtschaftsprozess für eine Illusion, ja für eine eklatante Verletzung des Realitätssinns, überdies für eine Verweigerung der Einsicht in die sozialstaatlichen Aufgaben zeitgenössischer westlicher Staaten gleich welcher Regimeform.

Durchweg waren die Mitglieder der »Jüngerer Historischen Schule« keine Feinde der Marktwirtschaft, sie sahen aber deutlich, dass der Markt die zyklischen Bewegungen von Konjunktur und Krise weder selber kontrollieren noch die von ihm verschärfte Soziale Ungleichheit selber korrigieren konnte. Wer anders aber als der Staat konnte für die Bearbeitung solcher schwieriger Aufgaben mobilisiert werden? Wo gab es eine überlegene Alternative zur Staatsintervention als Antwort auf Wachstumsprobleme und ihre systemgefährdenden sozialen und politischen Spannungen? Im Grunde hielten sie ihre Deutung des modernen Wirtschaftslebens für ungleich realitätsgerechter als die englische Klassik. Deren Führungsanspruch begegneten sie mit einem keineswegs geringeren Selbstbewusstsein. Der Preis allerdings, den sie für ihre Position zahlen mussten, trat in der allzu positiven Beurteilung der Staatsintervention, im Vertrauen auf seine durchweg wohlthätigen Folgen, manchmal in einem nahezu hegelianischen Ektismus zutage.

Überdies sperrte sich der allzu häufig praktizierte wirtschaftshistorische Empirismus, wie er von der großen Schülerschaft Schmollers, selten von ihrem Meister selber, verfolgt wurde, gegen die Formulierung allgemeiner Hypothesen von prognostischer

Relevanz. Das aber galt der gesamten Neoklassik, die zunehmend auf verfeinerte Prognostik und daher auch auf die Mathematisierung ihrer Aussagen zielte, als fatales Manko.

Dennoch: Wer heute noch einmal Schmollers imponierendes Kompendium, seinen »Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre«, liest, diesen Thesaurus des zeitgenössischen Fachwissens, kommt nicht umhin, die Weite der Gesichtspunkte und die Überzeugungskraft vieler Argumente zu bewundern. Der als Innovation auftretende »Neue Institutionalismus« unserer Gegenwart wirkt wie eine Reprise, wie eine Rückkehr zu Schmollers Kategorien; ihm wäre die vermeintliche Neuheit vertraut gewesen, wie die Kritik am inzwischen überholten Idealtypus der »Rational Choice«. Für manche von uns haben Max Webers Beiträge zu seinem Konkurrenzunternehmen, dem »Grundriss der Sozialökonomik«, überhaupt zur zeitgenössischen Kapitalismusdebatte, Schmoller und die anderen Koryphäen der »Jüngeren Historischen Schule« überstrahlt. Aber Weber wusste genau, warum er Schmoller für den lohnenden Hauptkontrahenten in manchen Kontroversen hielt. (Übrigens hat die neuere Wissenschaftsgeschichte Schmoller als erkenntnistheoretisch versierten Sieger in der berühmten Kontroverse mit Carl Menger herausgearbeitet, da er keineswegs als naiver Wirtschaftshistoriker – so die Legende der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbücher – einem überlegenen Theoretiker unterlag, sondern die Wissenschaftstheorie von John Stuart Mill teilte, in gewisser Hinsicht ein Popper-Anhänger *avant la lettre* war.)

Kurzum: Die »Jüngere Historische Schule« hat in der berühmten Kapitalismusdebatte vor 1914 ein Verständnis dieses Evolutionsprozesses verfochten, in dem auch der Staat als mächtiger, unverzichtbarer Akteur weiterhin im Mittelpunkt stand. Die Kosten dieser Grundüberzeugung aber traten, noch einmal, darin zutage, dass die relative Autonomie mancher wirtschaftlichen Prozesse oft geleugnet, der Glaube an die staatliche Regulierungsdichte übertrieben, die staatliche Gestaltungspotenz bis hin zu einer neuen Staatsmetaphysik überschätzt wurde. Auf jeden Fall hat diese traditionsreiche Vorstellung die Ausbreitung jenes naiven Kapitalismusglaubens, der sich damals vor allem in England und Nordamerika ausbreitete, in Deutschland abzublocken geholfen.

Ungefähr gleichzeitig mit der Gedankenwelt der »Jünger der Historischen Schule« drang mit ungleich härterer Vehemenz die Marxsche Kapitalismuskritik als Kampf- und Emanzipationslehre auch des deutschen Proletariats im Kaiserreich rasch voran. Marx hatte zwar den Begriff Kapitalismus nicht erfunden. Vielleicht war Louis Blanc tatsächlich der Erste, der ihn 1850 in systematischer Absicht gebraucht hat. Doch durch Marx wurde er zum Schlüsselwort einer gesellschaftskritischen Semantik, der Millionen in der organisierten deutschen Arbeiterbewegung anhängen – immerhin stellte sie vor 1914 die größte sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsmacht der Welt.

Nicht nur hat Marx' furiose Kritik, die in der Publizistik und Agitation der Sozialdemokratie tausendfach wiederholt, verstärkt, auch vulgarisiert wurde, die »kapitalistische Produktionsweise« radikal diskriminiert. Vielmehr wurde auch der Staat als Handlanger dieses Systems ebenso kompromisslos abgewertet. War er für die »Jüngere Historische Schule«, überhaupt für die Staatswissenschaft, ein wohlthätiger Garant des Gemeinwohls, nahm er sich aus der Sicht der frühen Sozialdemokratie geradezu als serviler Agent des übermächtigen Kapitalismus aus. Führende Köpfe des Reformismus und Revisionismus, Eduard Bernstein und Georg v. Vollmar etwa, hatten daher intern große Schwierigkeiten zu überwinden, als sie für die staatliche Sozialpolitik, damit aber auch für die Reformfähigkeit des verachteten Kapitalismus warben. Sollte doch auf einmal der gefügte Knecht des Hauptfeindes als nützlicher, ja unentbehrlicher Helfer in eigener Sache anerkannt werden.

Aufs Ganze gesehen hat jedenfalls die Marxsche Kapitalismuskritik und Staatsskepsis unter Millionen Deutschen eine denkbar pessimistische, sogar feindselige Vorstellung von jenem Wirtschaftssystem erzeugt, in dessen Räderwerk sie sich tagtäglich eingespannt fanden. In diese riesige Kritikerschaft konnte daher die wohlwollende Kapitalismustheorie der englischen Klassik nicht einmal von Ferne eindringen. Sieht man die Anerkennung des staatlichen Akteurs, wie sie die deutsche Ökonomie und Staatswissenschaft in ihrer pointierten Absetzung von dieser Klassik kultivierte, zusammen mit der rigorosen Ablehnung des Kapitalismus durch die marxistische Linke, versteht man besser,

warum nicht nur die ökonomische Klassik, sondern auch der Kapitalismus als System und Begriff in Deutschland auf eine solche Resistenz trafen.

Nach dem Ersten Weltkrieg, der die Kapitalismusfeindschaft im linken politischen Spektrum enorm vertieft, aber auch Positionen der Historischen Schulen der Ökonomie untergraben hat, haben die Folgen der Weltwirtschaftskrise seit 1929, etwa die acht Millionen Arbeitslosen, den Kapitalismus vermutlich noch intensiver diskreditiert, als das die linke Theoriediskussion vermocht hatte. Überhaupt ist das Zeitalter des »Zweiten Dreißigjährigen Krieges« von 1914 bis 1945 der Höhepunkt des deutschen Antikapitalismus gewesen, der sich nicht nur bei der Linken, sondern auch auf der Rechten, bei Sombart, Freyer, Schmitt, Heidegger, Gehlen, Jünger, von den NS-Ideologen ganz zu schweigen, niederschlug.

Aber nicht nur wegen dieser Zäsur bemühte sich der sog. »Ordoliberalismus« der Eucken, Rüstow, Müller-Armack um eine neue realitätsgerechtere Theoriekonzeption. Auch in der Marktwirtschaftslehre der Freiburger Schule blieb eine unverblümete Anerkennung der staatlichen Ordnungsaufgabe und Steuerungskompetenz erhalten, wie sie durchaus der deutschen Tradition des Kameralismus, der Smith- und Hegel-Deutung, der Staatswissenschaft und der beiden Historischen Schulen der Nationalökonomie entsprach. Die Ordoliberalen dachten gar nicht daran, einer völlig autonomen, zu unbegrenzter Freiheit entfesselten »Verkehrswirtschaft« (wie Eucken den Begriff Marktwirtschaft dezidiert vermied) das Wort zu reden, sondern legten großen Wert auf die Leistungsfähigkeit der staatlichen Ordnungs- und Interventionsfunktionen. Sie sind in dieser Hinsicht oft missverstanden worden. Aber Müller-Armacks ungemein folgenreiche Zauberformel von der »Sozialen Marktwirtschaft« meinte mit »sozial« keineswegs eine sozialstaatlich abgefederte, sondern die unter klugem politisch-gesellschaftlichen Ordnungseinfluss operierende Marktwirtschaft. Deshalb sprach er bis 1947 konsequent von der »gesteuerten Marktwirtschaft«, ehe er zu der neuen Version überging!

Dieser Leitvorstellung entsprach auch, grosso modo, trotz aller dominant wirkenden endogenen wirtschaftlichen Dynamik seit dem »Wirtschaftswunder« die Realität der westdeutschen Wirt-

schaftspolitik. Unzählige staatliche Gesetze bis hin zur keynesianischen, nicht mehr ordoliberalen Konjunktursteuerung à la Karl Schiller und zur Außenhandelsförderung schufen jenen Rahmen, in dem sich die wirtschaftliche Aktivität bewegte. Diese deutsche Variante der liberalen Wirtschaftstheorie, der Ordoliberalismus, dominierte mindestens zwei Jahrzehnte lang, vom explosiven wirtschaftlichen Aufschwung wie eine Bestätigung seiner Lehre massiv unterstützt, die Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Bundesrepublik, ihre großen Forschungsinstitute, ihre Expertengremien. Es gab zwar Streit um vermeintliche staatliche Fehlentscheidungen oder um den schädlichen Einfluss mancher egoistischen Lobby, doch keine allgemeine Negation einer sachgerechten staatlichen Aktivität. Außerdem gelang dem Schlüsselbegriff der »Sozialen Marktwirtschaft« ein durchschlagender sprach- und ideenpolitischer Erfolg: Er verbannte den seit langem diskreditierten Begriff Kapitalismus aus der Wissenschafts- und Umgangssprache. Er musste seit den späten 1960er Jahren, zumindest in der Diskussion der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, gegen diese Hegemonie wieder einigermaßen mühsam eingeführt werden.

Erst seit den späten 1970er Jahren brach der Marktfanatismus der ideellen Wegbereiter des künftigen Turbokapitalismus in die Theoriedomäne der deutschen Wirtschaftswissenschaft, dann allmählich auch in die Arena der öffentlichen Meinung ein. Dieser Vorstoß wurde auch dadurch begünstigt, dass die keynesianische Konjunktursteuerung keinen überzeugenden Erfolg gezeitigt hatte. Die Schlüsselfiguren der neuen Heilslehre waren Ludwig v. Mises, Friedrich August v. Hayek und Milton Friedman. Die beiden ersten – österreichische Ökonomen mit Breitenwirkung erst, nachdem sie Lehrstühle in England und den USA eingenommen hatten – spitzten die Wiener Theorietradition auf einen neoliberalen Marktmonismus zu, dem die totale Verbannung des Staates aus dem Wirtschaftsleben als Optimum galt.⁶ Beide wurden durch das Scheitern der österreichischen Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg und danach der chaotischen Anläufe zu einer Verstaatlichungspolitik tief beeinflusst. Der Zweite Weltkrieg, die Wirtschaftspolitik des NS-Regimes und der Sowjetunion haben ihre Grundannahmen nur noch bestätigt. Der Einfluss in Amerika bedurfte freilich einer längeren Inkubationszeit, doch seit

den 1970er Jahren nahm er sprunghaft zu. Die kluge Position von John Maynard Keynes gegenüber dem Interventionsstaat galt ihnen zunehmend als verhängnisvolle Abirrung vom Pfad der reinen Markttugend. In Europa wirkte die von Hayek mitbegründete »Mount Pelerin Society« als zielstrebige Lobby ebenfalls auf die Erringung der Meinungsführerschaft hin.

In den USA wiederum, wo entgegen allem massiven Staatsinterventionismus (z. B. beim Eisenbahnbau und in Gestalt der Hochschutzzölle) das Weltbild von der Überlegenheit der freien Marktwirtschaft (nach einem kurzen keynesianischen Intermezzo unter Kennedy) weiterhin dogmatische Geltung besaß, wurde Friedman zum einflussreichsten Propheten des Neoliberalismus.⁷ Als es dieser Strömung gelang, sich in der Politik von Thatcher und Reagan durchzusetzen, drang der staatsfeindliche, marktbesessene Neoliberalismus nicht nur in der deutschen Wirtschaftswissenschaft ebenfalls vor, sondern sickerte auch mit zunehmender Stärke in die öffentliche wirtschaftspolitische Diskussion ein, bis er schließlich zusehends Anhänger sogar in der SPD fand. Die in der Bundesrepublik beispiellose Regelungsdichte staatlicher Gesetze und kommunaler Verordnungen lud freilich auch zu einem befreienden Zurückschneiden des Wildwuchses ein.

In mancher Hinsicht kulminierte die neue Marktdogmatik in dem Verzicht auf die sorgfältige Überprüfung der neu erfundenen toxischen Finanzmarktinstrumente, damit aber letztlich im Kollaps des internationalen Finanzmarktsystems. Diese Konsequenz des entstaatlichten Turbokapitalismus hatte übrigens Helmut Schmidt im 5. Kapitel seiner Erinnerungen »Außer Dienst« (2008) monatelang vor dem Ausbruch der Krise bis ins Detail hinein mit aller nur wünschenswerten, geradezu verblüffenden Präzision vorausgesagt.⁸ Überhaupt kann keiner im Ernst behaupten, dass die Gefahren nicht vorherzusehen gewesen wären.

Diejenigen deutschen Fürsprecher des »Raubtierkapitalismus«, wie Schmidt gerne sagt, die sich als Speerspitze eines zukunfts gewissen Fortschritts empfanden, müssten jetzt nach dem Absturz in die tiefste Krise seit 80 Jahren – wenn nicht die tiefste überhaupt – eigentlich den Realitätssinn der Historischen Schule der deutschen Ökonomie anerkennen, die sich empirisch und normativ den Protagonisten der »Schönen Neuen Welt« des staats-

freien Kapitalismus als überlegen erwiesen hat. Abgesehen von den viel diskutierten Regulierungsmechanismen, mit denen die G 20 eine Wiederholung des Absturzes vermeiden wollen, wartet auch auf die deutsche Wirtschaftswissenschaft die gewaltige Herausforderung, nach der Diskreditierung der neoklassischen Marktdogmatik eine zeitgemäße Theorie zu erarbeiten, in der die Verfechtung elastischer Spielräume für den Wirtschaftsprozess mit der Anerkennung staatlicher Ordnungsfunktionen möglichst vorurteilsfrei endlich wieder verbunden wird. Diese Anerkennung muss deshalb umfassender als zuvor ausfallen, weil es außer dem Staat ganz offensichtlich keinen anderen ebenso mächtigen Akteur »of last resort« gibt, der die akute Krise zu bewältigen helfen kann. Die zwischen Staatsapparat, Parlament, Interessenverbänden und Wirtschaftsunternehmen vermittelnden korporativen Steuerungsgremien können letztlich, ungeachtet aller Machtkompromisse, ohne die staatliche Sanktionsgewalt auch keine Wirkungskraft entfalten.

Natürlich wirft die Faszination, die der Neoliberalismus in seiner kurzlebigen Epoche auf die unterschiedlichsten Lager und Milieus in einem erstaunlichen Maß ausgeübt hat, namentlich für Jüngere die Frage nach den Gründen seiner zeitweilig verblüffenden Geltungskraft auf. Man könnte bei der Ursachenanalyse dieses einflussreichen Weltbildes zum Vergleich Phänomene wie den Sozialdarwinismus und die »Volksgemeinschaft« heranziehen, die auch so viele Zeitgenossen in ihren Bann geschlagen haben, um damit die Überzeugungskraft ideologischer Ideen zu demonstrieren, die manchem nach ihrer historischen Zeit so schwer verständlich erscheinen.

In der deutschen Öffentlichkeit, in der trotz der Beschwörung der turbokapitalistischen Erfolge und Globalisierungsgewinne die historisch tief verwurzelten Vorbehalte gegenüber der neoliberalen Marktwirtschaft gespeichert blieben, können der ökonomische Einbruch und der theoretische Klimawechsel ambivalente Reaktionen auslösen. Sie richten sich bereits gegen die unvermeidliche Reform des perfektionierten Sozialstaats im Rahmen der Agenda 2010, obwohl sie die deutsche Krisenpolitik bisher so resistenzfähig gemacht hat. Vor allem aber können sie jenem traditionsreichen Etatismus neuen Auftrieb geben, der in

der Mentalität noch immer weithin verankert ist. Von den Gewerkschaften über den linken SPD-Flügel bis hin zur Linkspartei wird dieser nostalgische Etatismus ja schon wieder verfochten. Wer heutzutage im »Spiegel« das Etikett »neokonservativ« verpasst bekommt, kann das in zweifacher Hinsicht verstehen: Entweder ist die Renaissance eines naiven Staatsvertrauens gemeint, welches z. B. das chaotische Versagen der staatlich dominierten Landesbanken schlechthin verdrängt. Oder aber es ist die Rückkehr zu einer nicht minder naiven Marktgläubigkeit gemeint, die angesichts der jüngsten Entwicklung ebenso konservativ wirkt.

Wie immer solche Etiketten heutzutage gehandelt werden, fortan stehen zentrale Probleme zur Debatte, die zu einer Aufwertung der älteren deutschen Theorietradition und Kapitalismusanalyse beitragen. Unstreitig bleibt der Markt die ingeniöse Erfindung eines global funktionierenden Kommunikationssystems, das Informationen und Innovationen besser reguliert als alle anderen bisher bekannten institutionellen Alternativen. Doch die neoliberale Utopie von einer Marktgesellschaft katexochen, in der ohne jeden staatlichen Eingriff alle Konflikte und Krisen durch die kompromisswillige Verständigung der wirtschaftlichen Akteure aufgelöst werden, so dass durch einen klugen Interessenausgleich letztlich auch das Gemeinwohl gefördert wird – diese Fata Morgana ist durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte dramatisch dementiert worden. Die Sozialökonomik Webers und seiner Mitstreiter ist, wenn man sie überhaupt wahrgenommen hat, von der Neoklassik durchweg als völlig antiquierter Ansatz verurteilt worden, aus dem am besten die zahlreichen nichtökonomischen Elemente in die *ceteris-paribus*-Klausel verbannt werden sollten, damit man es allein mit dem wirtschaftlichen Kern als *nervus rerum* zu tun hatte. Ganz ähnlich sind die staatsfreundlichen, ja oft staatszentrierten Denkfiguren des deutschen Kameralismus, der Smith- und Hegel-Rezeption, der Historischen Schulen der deutschen Ökonomie als völlig überholter Traditionalismus verketzert worden.

Doch heute stehen die Denkschulen der Sozialökonomik und der historisch fundierten deutschen Ökonomie auf einmal als realitätsnäher als jener Marktdogmatismus da, der als Basis des

Casinokapitalismus fungiert. Schmoller und Weber etwa erweisen sich im Vergleich mit Hayek und Friedman als Wissenschaftler mit einem ungleich weiteren Horizont und schärferen Realitäts-sinn. Der Beweis für diese Behauptung wird freilich auch darin zu suchen sein, von welchen ungehobenen Schätzen der Historischen Schule heute nicht nur das allgemeine Kapitalismusverständnis, sondern auch eine realitätsadäquate Theorie profitieren könnte. Fraglos gibt es auch gravierende, erst noch zu überwindende Lücken, z. B., um nur eine zu nennen, die Schmollers und Webers Generationen unbekannte Bedeutung internationaler Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond, der Europäischen Union, die neben den Nationalstaat als wirtschafts-politische Akteure getreten sind.

Auf der anderen Seite könnte die Kritik einer Historischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaft, wie sie Wolfgang Streeck soeben in seinem neuen brillanten Buch »Re-Forming Capitalism« gefordert hat, an den eklatanten Schwachpunkten der dogmatischen Neoklassik ansetzen.⁹

Dazu gehört z. B. die starrsinnige Prognosefixierung, die Albert Hirschman mit einer glänzenden Formulierung als »Physikneid« der Ökonomen, die auf die imponierende Architektonik der Newtonschen Physik als Vorbild gestarrt hätten, angeprangert hat. Ein vertieftes historisches Verständnis des Kapitalismus à la Streeck wäre doch ungleich wichtiger als das Sammelsurium von immer wieder scheiternden, auf wenigen Variablen beruhenden Vorhersagen.

Dazu gehört zum Beispiel die Verabschiedung des Equilibriums, sofern es nicht als heuristische Annahme für eine Momentaufnahme, sondern als realhistorischer Trend missverstanden wird. Historikern leuchtet vielmehr Streecks Forderung unmittelbar ein, dass an Stelle des vermeintlich zum Equilibrium tendierenden Wirtschaftssystems der dynamische historische Prozess zur Zentralkategorie aufsteigen sollte. Schließlich konnte diese Dynamik des kapitalistischen Entwicklungsprozesses bisher nie aus Gleichgewichtskonstellationen erklärt werden.

Dazu gehörte etwa auch die Kritik an der in den letzten Jahren dominierenden Denkfigur des »Rational-Choice«-Ansatzes, der einen schlichten, seit Adam Smith vertrauten verhaltenspsycho-

logischen Idealtypus mit der Erklärung zahlloser komplexer Probleme überfrachtet hat.

Die erste Conclusio: Was von der Klassik und Neoklassik lange Zeit als ein in die Irre führender deutscher Sonderweg der ökonomischen Theorie verachtet worden ist, erweist sich heute als ein Ensemble von Kategorien, zu dem zurückzukehren sich offenbar lohnt. Aus methodischen Gründen mag es sich manchmal empfehlen, »die« Wirtschaft als autonomen Bereich zu konstruieren. Doch theoretisch kann es ohne die Anerkennung der permanenten dialektischen Wechselwirkung zwischen politischem Herrschaftsverband und kapitalistischem Wirtschaftssystem zu keiner realitätsgerechten Erfassung komplexer Probleme kommen. Mit dieser Anerkennung besitzen aber die historisch denkenden deutschen Gelehrten des 19. Jahrhunderts noch immer einen imponierenden Vorsprung vor der großen Menge der Klassikanhänger mit ihrer deprimierenden Zufriedenheit mit wenigen »Variablen«, ihrem Prognosefanatismus, ihrem »Physikneid«. Wie der Kapitalismus seit jeder nur in engster Wechselwirkung mit dem Herrschaftsregime, vollends dann mit dem neuzeitlichen Staat existiert hat, so ist er heute erneut nur überlebensfähig, wenn der staatliche Akteur zu seiner Rettung eingreift. Fraglos steht inzwischen nicht mehr der mächtige Staatsapparat der kapitalistischen Wirtschaft als Entscheidungsträger gegenüber, da er vielmehr mit diesem Partner und Kontrahenten zahlreiche Entscheidungen in einem komplizierten Vorgang aushandeln muss. Trotz dieser Veränderung des Entscheidungsprozesses bleibt aber der Einsatz der Staatsgewalt das entscheidende Element.

Die zweite Conclusio: Im Hinblick auf die Analyse des Kapitalismus scheint es daher endlich wieder einmal einen deutschen Sonderweg zu geben, den einzuschlagen der Zustand der internationalen Wirtschaft und des Theorieversagens geradezu aufdrängt. Wer sich heute der »Geschichte des Kapitalismus« zuwendet, sollte daher nach einer kritischen Absatzbewegung von der Neoklassik beherzt jenen Wegweisern folgen, die ihn mit guten Gründen auf diesen Sonderweg der Kapitalismusanalyse im Stil einer historischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaft erneut hinlenken.

Anmerkungen

- 1 Christian Jakob Kraus, *Vermischte Schriften*, I, 1808/ND 1970, 9; II, S. 125f.
- 2 Fania Oz-Salzberger, *Translating the Enlightenment. Scottish Civic Discourse in 18th Century Germany*, Oxford 1995.
- 3 N. Waszok, *Adam Smith in Germany, 1776–1932*, in: Hiroshi Mizuke/Chuhei Sugiyama (Hg.), *Adam Smith*, Houndsmill 1993, S. 163–180.
- 4 Georg Lukàcz, *Der junge Hegel*, Berlin 1954.
- 5 Jerry Z. Muller, *The Mind and the Market. Capitalism in Modern European Thought*, New York 2001.
- 6 Joseph Alois Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse I*, Göttingen 1965, ND 2008.
- 7 Philip Plickert, *Wandlungen des Neoliberalismus*, Stuttgart 2008.
- 8 Helmut Schmidt, *Außer Dienst*, München 2008.
- 9 Wolfgang Streek, *Re-Forming Capitalism*, Oxford 2008.